

## **P r o t o k o l l**

der 6. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Neuburg am 21.04.2015

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend: Gemeinde Benz: Elmar Mehldau  
Gemeinde Blowatz: Tino Schomann, Bärbel Hartig  
Gemeinde Boiensdorf: Wilhelm Gratopp  
Gemeinde Hornstorf: Andreas Treumann  
Gemeinde Neuburg: Heidrun Teichmann, Bernd Hartwig  
Rainer Rosenberg

Nicht anwesend: Herr Haker, Gemeinde Krusenhagen  
Herr Fritzsche, Gemeinde Hornstorf

Mitarbeiter

des Amtes: Frau Kerl, LVB  
Frau Lange, Abt. Finanzen

Gäste: Frau Lechner, Kreissenorenbeirat  
Frau Hansen, Kreissenorenbeirat

Einwohner: Frau Köpnick, Seniorenbeirat Gemeinde Neuburg

Protokollant: Frau Kerl

---

### **Tagesordnung:**

#### **1. Öffentlicher Teil**

- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 1.3 Billigung der Niederschrift der 5. Amtsausschusssitzung
- 1.4 Bericht der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates  
Gast: Frau Lechner
- 1.5 Bericht der Amtsvorsteherin
- 1.6 Beratung über die Beschaffung eines Einsatzleitwagens
- 1.7 Beschlussvorlagen
- 1.7.1 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Amtes Neuburg
- 1.7.2 1. Änderung der Geschäftsordnung des Amtes Neuburg
- 1.8 Sonstiges

#### **2. Nichtöffentlicher Teil**

- 2.1 Personalangelegenheit

**TOP 1 Öffentlicher Teil****TOP 1.1**

Frau Teichmann eröffnet die 6. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Neuburg und begrüßt die Amtsausschussmitglieder, Gäste und Mitarbeiter.

Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladungen und die Beschlussfähigkeit fest, von 10 Amtsausschussmitgliedern sind 8 anwesend.

**TOP 1.2**

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.

**TOP 1.3**

Die Niederschrift der 5. Amtsausschusssitzung vom 17.02.2015 wird einstimmig bestätigt.

**TOP 1.4**

Frau Lechner, Vorsitzende des Kreissenioresenbeirates, erläutert die Ziele ihres Besuchs. In Anlehnung an die gute Vernetzung der Seniorenarbeit in der Hansestadt Wismar soll auch kreisweit der Informationsfluss verbessert werden. Der Kreissenioresenbeirat wünscht sich dazu einen Ansprechpartner in jeder Gemeinde, Informationen könnten über die Bürgermeister an die bestehenden Gremien/verantwortlichen Personen weitergeleitet werden. Wichtigstes Thema ist die Pflege, Frau Lechner wirbt in diesem Zusammenhang für die Veranstaltung zum Tag der Pflege am 12.05.2015 um 14:00 Uhr im Zeughaus Wismar.

Frau Teichmann weist darauf hin, dass die Landgemeinden anders organisiert sind als die Hansestadt und es in der Regel keinen Seniorenbeirat gibt. Zuständig sind vielfach die Sozialausschüsse. Die Teilnehmer sind sich einig, dass keine zusätzlichen Strukturen, wie z.B. Seniorenbeiräte auf Amtsebene, geschaffen werden sollten, eingehende Informationen dagegen über das Amt direkt an die Sozialausschüsse weitergeleitet werden können.

Herr Hartwig erkundigt sich nach finanziellen Mitteln. Eigene Mittel hat der Kreissenioresenbeirat nicht, jedoch stehen Landesmittel zur Verfügung.

Herr Schomann regt die Einrichtung eines Kontaktfensters auf der Homepage an, damit nicht mehr mobile Senioren ihre Anfragen an die Bürgermeister/Amtsvorsteherin richten können.

Herr Treumann beurteilt die Strukturen in den Gemeinden als sehr stabil und schlägt vor, Veranstaltungen auf dieser Ebene verstärkt dezentral anzubieten.

Abschließend weist Frau Lechner auf die Seniorensportspiele in Ueckermünde hin.

**TOP 1.5**

Frau Teichmann berichtet, dass die vorläufige Haushaltsführung inzwischen aufgehoben werden konnte, alle Haushalte sind genehmigt. Auch bei den Eröffnungsbilanzen ist das Amt weiter vorangekommen, liegt im Zeitplan. Die vorletzte Bilanz (Hornstorf) wurde gestern geprüft, der Beschluss durch die Gemeindevertretung folgt am 07. Mai. Dann fehlt nur noch Krusenbogen, hier sind die Prüfung im Mai und der Beschluss im Juni geplant. Alle anderen sind bereits abgeschlossen bzw. in der Bekanntmachungsphase. Frau Teichmann bedankt sich ausdrücklich bei Frau Lange und ihren Mitarbeiterinnen. Herr Mehldau ergänzt den Dank an die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses.

Zur möglichen Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Insel Poel sind weitere Informationen eingeholt worden. Am 18. März fand dazu ein Gespräch mit Vertretern Poels und Herrn Glaser vom StGT statt. Vor weiteren Maßnahmen wird die Rückäußerung Poels abgewartet.

Die turnusmäßige überörtliche Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt des Landkreises ist abgeschlossen. Der Bericht zur Prüfung der Haushaltsführung liegt bereits vor und wurde/wird derzeit mit den betroffenen Gemeinden ausgewertet. Insgesamt ist das Ergebnis sehr zufriedenstellend. Der Prüfbericht zur Vergabeprüfung wird in Kürze erwartet.

In der letzten Woche fand weiterhin ein Kontroll- und Informationsbesuch des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit statt. Dafür gab es ebenfalls keinen besonderen Anlass, diese Prüfung erfolgt derzeit landesweit. Schwerpunkt ist das Personenstandswesen. Ein Bericht liegt noch nicht vor, jedoch wurde die Organisation des Datenschutzes im Amt positiv bewertet. Mit räumlichen/baulichen Fragen wird sich das Amt dagegen wohl künftig befassen müssen.

Mehrere Vertreter aus dem Amtsbereich haben am „Kleinen Integrationsgipfel“ des Landkreises am 15.04.2015 teilgenommen, um sich über die aktuelle Situation und Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements zu informieren. Bisher sind zwar noch keine Flüchtlinge im Amtsbereich zugewiesen worden, jedoch kann sich die Situation jederzeit ändern.

Die personelle Situation im Amt ist aufgrund einer Langzeiterkrankung in der Kasse weiterhin angespannt.

Im Einwohnermeldeamt erweitert OLAV (Online-Anträge und Verfahren) das elektronische Dienstleistungsangebot. Bestimmte Angebote des Einwohnermeldewesens können so bequem und rechtssicher von zu Hause aus in Anspruch genommen werden. Z.B. kann die Einrichtung einer Auskunftssperre oder Voranmeldung eines Umzugs online beantragt werden. Das persönliche Erscheinen im Amt ist dadurch zwar nicht ganz entbehrlich, die Dauer verkürzt sich aber deutlich. Für andere

Dienstleistungen, wie z.B. Beantragung eines Führungszeugnisses, kann der Weg ins Amt komplett entfallen. Die gesamte Palette ist auf der Homepage zur Verfügung gestellt.

Abschließend weist Frau Teichmann auf die Veranstaltung auf dem Ostsee-Bauernhof Hocke am 25.04.2015 zum Tag der erneuerbaren Energien hin.

### **TOP 1.6**

Nachdem Frau Kerl die Beratungsvorlage zum TOP 1.6 nachgereicht hat, erläutert Herr Rosenberg das Anliegen:

Die Gemeinde Blowatz hat ein Fahrzeug beschafft, das zum Mannschaftstransportwagen (MTW) umgebaut werden soll. Dieses würde sie den Feuerwehren im Amt auch zur Nutzung als Einsatzleitwagen (ELW) zur Verfügung stellen. Für die Nutzung als ELW sind jedoch Ausrüstungsgegenstände wie Megaphon, Fernglas, Funktionswesten, Tisch und Bedienkonsole, Funkeinbau etc. notwendig, die bei einer reinen Nutzung als MTW nicht anfallen würden. Diese Kosten würden in der Gesamtsumme ca. 3.500 Euro betragen und wären vom Amt bzw. den amtsangehörigen Gemeinden zu tragen. Das entspräche einem Kostenanteil in Höhe von 583 Euro je Gemeinde. Hinzu kämen anteilige Kosten für Unterhaltung und Reparatur für die Nutzung als ELW in Höhe von schätzungsweise 500 Euro/Jahr. Diese wären vom Amt bzw. den amtsangehörigen Gemeinden zu tragen. Der Hauptkostenfaktor bleibt bei der Gemeinde Blowatz, da das Fahrzeug vorrangig als MTW genutzt werden soll.

Im Ergebnis der Wehrführerberatung wird diese Lösung ausdrücklich befürwortet. Der Einsatz eines ELW als Führungsmittel vor allem bei Großschadenslagen ist durchaus sinnvoll. Dabei sollte nicht jede Gemeinde einen eigenen ELW vorhalten, zumal bei entsprechenden Lagen entsprechend Alarm- und Ausrückeordnung immer mehrere Wehren zum Einsatz kommen.

Herr Schomann ergänzt Einzelheiten zu den Kosten. Allein 700 Euro sind für den Funkeinbau zu planen. In diesem Jahr werden die dazugehörigen Handfunksprechgeräte für die Gemeinden noch kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ein neuer ELW würde ca. 60.000 bis 70.000 Euro kosten, selbst nach Förderung verblieben noch mindestens 20.000 Euro zu Lasten des Amtes/der Gemeinden.

Herr Mehdau bittet um Erläuterung der Notwendigkeit dieser Anschaffung und befürchtet Probleme bei der gemeinsamen Nutzung. Herr Treumann erläutert den Bedarf aus seiner Sicht. Selbst Lagen, die auf den ersten Blick banal erscheinen, sind häufig mit erheblichem Koordinationsaufwand verbunden, so z.B. der Kellerbrand kürzlich in Benz. Die Zusammenarbeit der Wehren im Amt schätzt er als hervorragend ein. Herr Rosenberg ergänzt Zahlen zu Einsätzen, in denen ein ELW notwendig gewesen wäre:

2013	5 Einsätze
2014	8 Einsätze
2015	bisher 2 Einsätze.

Die Abwicklung des Funkverkehrs ist für den jeweiligen Einsatzleiter eine enorme Herausforderung. Auch die Dokumentation spielt eine wesentliche Rolle. Dafür ist der ELW insbesondere notwendig.

Herr Mehldau bemängelt den Informationsfluss zwischen Feuerwehr und Bürgermeister. Im Gegensatz zu seinen Amtskollegen erhält er keine Einsatzberichte vom Wehrführer. Er bittet darum, dass dies durch das Ordnungsamt veranlasst wird.

Frau Lange ergänzt, dass es besser gewesen wäre, die Maßnahme ordnungsgemäß in die Haushaltsplanung aufzunehmen.

Folgende Vorgehensweise wird vereinbart:

Frau Guthardt wird gebeten, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag aller Gemeinden zu erarbeiten. In diesem soll die Umrüstung des Fahrzeuges zum ELW sowie die Unterhaltung vereinbart werden. Die Gemeinden sind bereit, jeweils den genannten Betrag in Höhe von 583 Euro zu übernehmen (im Rahmen der Entscheidungsbefugnis der Bürgermeister). Die für die Unterhaltung angesetzten Kosten erscheinen allerdings sehr hoch und sollen daher noch mal genauer geprüft werden. Eine Spitzabrechnung ist gewünscht.

## **TOP 1.7**

### **TOP 1.7.1**

Frau Kerl bittet um Austausch der Beschlussvorlage und erläutert die Änderung.

Es wird vereinbart, dass der Aushang der Bekanntmachungen weiterhin erfolgt, jedoch nur noch informativen Charakter hat.

*Der im Entwurf vorliegenden 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Amtes Neuburg vom 05.12.2011 wird zugestimmt.*

#### Begründung:

*Nach der bisherigen Regelung setzt sich der Haupt- und Finanzausschuss ausschließlich aus den Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden zusammen. Von der Neuregelung sollen auch der Amtsvorsteher/die Amtsvorsteherin sowie dessen/deren Stellvertreter erfasst sein, die nicht zugleich Bürgermeister sind. Weiterhin wird die Form der öffentlichen Bekanntmachung angepasst. Bisher ist parallel zur Bekanntmachung im Internet auch ein 14tägiger Aushang vorgesehen gewesen. Gem. § 3 Abs. 1 S. 2 der Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung erfolgt die Bekanntmachung jedoch nur in einem Medium der in S. 1 genannten Bekanntmachungsformen.*

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS**

gesetzl. Anz.d.AAM: 10  
davon anwesend: 8  
Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: -  
Stimmenthaltungen: -  
Ausschluss nach § 24  
Kommunalverf. M-V: -

**BESCHLUSS-NR: 019-06/15****TOP 1.7.2**

Frau Kerl erläutert die geplante Änderung als Konsequenz aus der überörtlichen Prüfung durch den Landkreis. Herr Mehldau ergänzt, dass er die Geschäftsordnung für den Rechnungsprüfungsausschuss in Kürze in Anlehnung an die gerade erarbeitete Geschäftsordnung des Rechnungsprüfungsausschusses des Zweckverbandes Wismar erstellen wird.

*Der im Entwurf vorliegenden 1. Änderung der Geschäftsordnung des Amtes Neuburg vom 03.05.2011 wird zugestimmt.*

Begründung:

*Grundsätzlich gelten die Regelungen der Geschäftsordnung auch für die Sitzungen der Ausschüsse des Amtsausschusses. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass dies für die Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses nicht zweckmäßig ist.*

*Der Rechnungsprüfungsausschuss soll daher von diesen Regelungen ausgenommen werden. Er wird sich zeitnah eine eigene Geschäftsordnung geben.*

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS**

gesetzl. Anz.d.AAM: 10  
davon anwesend: 8  
Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: -  
Stimmenthaltungen: -  
Ausschluss nach § 24  
Kommunalverf. M-V: -

**BESCHLUSS-NR: 020-06/15****TOP 1.8**

Herr Rosenberg merkt an, dass der inmod-Bus immer noch verkehrt, obwohl das Projekt abgeschlossen ist. Die Teilnehmer haben dafür keine Erklärung.

Herr Schomann erkundigt sich nach dem Gesundheitszustand der Gleichstellungsbeauftragten und regt an, die Möglichkeit der Bestellung einer Stellvertretung zu prüfen.

Weiterhin schlägt er vor, die Protokolle der öffentlichen Amtsausschusssitzungen auf die Homepage zu stellen. Dafür wäre zunächst die Anpassung der Geschäftsordnung erforderlich.

Weiterhin wird die Idee einer Online-Sprechstunde diskutiert.

Herr Treumann weist auf die schwierige Situation, neues bzw. Vertretungspersonal für die Kita zu finden, hin und spricht sich dafür aus, den Einsatz eines Springers zu prüfen. Die Personalkosten sollten anteilig durch die 4 beteiligten Gemeinden getragen werden bzw. nach tatsächlichem Einsatz berechnet werden. Frau Teichmann hält es für sinnvoller, besser mit dem vorhandenen Stundenkontingent zu arbeiten. Herr Schomann schlägt vor, ein Modell auf Amtsebene zu prüfen. Eine Einigkeit wird nicht erzielt. Frau Teichmann erkundigt sich nach dem Stand zur Schaffung einer Kita in der Gemeinde Benz und bittet Herrn Mehldau, das Anliegen dringend weiter zu verfolgen. In Neuburg und Rohlstorf gibt es inzwischen lange Wartelisten. Herr Mehldau bittet darum, sich im Amt diese Zahlen für Verhandlungen mit dem potentiellen Träger erfragen zu dürfen. Dem wird zugestimmt.

Herr Schomann trägt erneut zum Problem ÖPNV vor. In Blowatz hat sich inzwischen eine Elterninitiative zusammengefunden. Das Amt wird gebeten, Herrn Lösel und ggf. Herrn Diederich zu einer nichtöffentlichen Veranstaltung mit Vertretern aus allen Gemeinden erneut einzuladen.

**Im Original folgt der nichtöffentliche Teil der 6. AAS.**